

ALICE B. M. VADROT

## BEDROHTES WISSEN, BEDROHTES LEBEN

NATUR ALS WARE – ZUR FORTSCHREITENDEN ÖKONOMISIERUNG  
DER UMWELT- UND BIODIVERSITÄTSPOLITIK AM BEISPIEL INDIENS<sup>1</sup>

Mit der vor nunmehr vor 20 Jahren verabschiedeten UN-Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity/CBD)<sup>2</sup> kam es auf unterschiedlichen Ebenen zu einer weiteren Institutionalisierung und Politisierung des Umweltthemas. Wie zuletzt auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz zur CBD im indischen Hyderabad im Oktober 2012 zu beobachten war,<sup>3</sup> stellt Biodiversitätspolitik ein Terrain dar, auf dem sowohl die Widersprüche und Brüche als auch die Kontinuität der krisenhaften «imperialen Lebensweise» deutlich werden. Obwohl das inzwischen durchgesetzte Paradigma «Schutz der Natur durch ihre ökonomische Nutzung» unterschiedliche Erwartungen und Interessen bedient, trägt es tendenziell zu einer Verhärtung von Ausbeutungs- und Marginalisierungsprozessen vor allem im globalen Süden bei, wie das Beispiel Indien zeigt.

### DIE KONVENTION ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIelfALT

Die CBD ist eine Konvention der Vereinten Nationen, die am 29. Dezember 1993 in Kraft getreten und mittlerweile von 163 Staaten unterzeichnet worden ist. Ihre offiziellen Ziele sind: die Konservierung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile sowie der geregelte Zugang und gerechte Ausgleich von Vorteilen, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen<sup>4</sup> entstehen (Art. 1 der CBD). In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Abkommen oftmals auf die internationale Aushandlung von Regeln zur Ausweitung von Naturschutzmaßnahmen reduziert. Im Rahmen der CBD geht es aber auch um den Technologietransfer von Industrie- in Entwicklungsländer und um den Umgang mit der zunehmenden Patentierung der biologischen Vielfalt etwa von Saatgut oder Pflanzenmaterial zur Herstellung von Medikamenten und Kosmetika. Außerdem spielen konkurrierende Auffassungen über den Umgang mit Natur und verschiedene Formen von Wissen über diese eine Rolle. Ferner bestehen Divergenzen zwischen den Zielen des Naturschutzes und der Aneignung und Nutzung von natürlichen Ressourcen und dahingehend, wie diese rechtlich zu regeln sind.

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über die CBD zeichneten sich daher Konflikte über die Reichweite des Abkommens ab, die bis heute wirksam sind. Die US-Regierung, die die Konvention bislang nicht ratifiziert hat, forderte beispielsweise eine Dachkonvention für bereits existierende Naturschutzabkommen zur Eingrenzung des Zuständig-

keitsbereichs der CBD auf den traditionellen Umweltschutz. Während andere Regierungen darauf drängten, genetische Ressourcen vor dem Zugriff internationaler Pharma-, Kosmetik- und Nahrungsmittelkonzerne sowie das traditionelle Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften zu schützen, befürchteten die USA potenzielle Einschränkungen für die Industrieforschung im Bereich der Biotechnologie und Einbußen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dadurch kam es rasch zur Verschärfung des «Nord-Süd-Konflikts zwischen «biodiversitätsarmen», aber technologisch entwickelten Ländern des industrialisierten Nordens und «biodiversitätsreichen» Entwicklungsländern des Südens».<sup>5</sup> Interessensgegensätze zeigen sich aber «insbesondere zwischen einer intensivierten, industrialisierten und oft exportorientier-

<sup>1</sup> Mein besonderer Dank gilt der Rosa-Luxemburg Stiftung, die es mir ermöglicht hat, an den Verhandlungen in Hyderabad teilzunehmen, und an meine Dissertationsbetreuer Ulrich Brand und Christoph Görg. Auch möchte ich Ronald J. Pohoryles für seine wichtigen Anmerkungen und Hinweise danken und für seine kontinuierliche Unterstützung meiner Forschungsarbeit als Institutsleiter der ICCR Foundation. <sup>2</sup> In der Präambel der CBD wird Biodiversität definiert als «die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören; dies umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme». <sup>3</sup> In Hyderabad haben sich die Vertragsstaaten darauf geeinigt, die Naturschutzhilfen für Entwicklungsländer bis zum Jahr 2015 auf 7,7 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Im Gegenzug mussten sich diese zu einer effektiveren Verwendung der Mittel und zu einer Erhöhung der Eigenleistungen verpflichten. <sup>4</sup> Unter genetischen Ressourcen versteht man genetisches Material bzw. Erbmaterial, das unter anderem für die Züchtung neuer Pflanzen, die Herstellung von Kosmetikprodukten oder die Gewinnung medizinischer Wirkstoffe genutzt wird. <sup>5</sup> Görg, Christoph: Erhalt der biologischen Vielfalt zwischen Umweltproblem und Ressourcenkonflikt, in: Görg, Christoph/Hertler, Christine/Schramm, Engelbert/Weingarten, Michael (Hrsg.): Zugänge zur Biodiversität. Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze, Marburg 1999, S. 291.

ten Landwirtschaft mit Hochertragsorten und extensiven Bewirtschaftungsformen mit Ausrichtung auf lokale und regionale Märkte».<sup>6</sup>

Von Beginn an litt die CBD unter erheblichen Umsetzungsproblemen. So mussten sich die Vertragsstaaten 2010 auf ihrer 10. Konferenz im japanischen Nagoya eingestehen, dass eine wichtige Zielvorgabe des strategischen Plans, bis dahin den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, gescheitert war. Dies hat der Debatte über die Sinnhaftigkeit multilateraler Umweltabkommen, über die verstärkte Einbindung von zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren und nicht zuletzt über die Notwendigkeit, zum Schutz der Biodiversität den Einsatz marktbasierter Instrumente auszuweiten, neuen Aufschwung verliehen.

### NATUR ALS DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN UND BIODIVERSITÄT ALS FINANZGUT

Konflikte um Landnutzung, geistige Eigentumsrechte, genteisch modifiziertes Saatgut und um den Anbau von Energiepflanzen zur Herstellung von Biokraftstoffen und den damit verbundenen Preisanstieg von Lebensmitteln haben in den letzten Jahren mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und damit auch neuen Raum für Kritik und Proteste eröffnet. In wissenschaftlichen und politischen Diskussionen wird dagegen zunehmend danach gefragt, wie Schutz und Nutzung von natürlichen Ressourcen sinnvoll und möglichst vorteilhaft miteinander verknüpft werden können.

Von besonderer Bedeutung in dieser Hinsicht war die Veröffentlichung der Studie «Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität» (The Economics of Ecosystems and Biodiversity/TEEB) im Jahr 2008.<sup>7</sup> Sie hat wesentlich zu einer Stärkung des Bewusstseins über den wirtschaftlichen Wert und Nutzen der Biodiversität beigetragen und in Fachkreisen die Debatte vorangetrieben, mit welchen finanziellen Instrumenten und Mechanismen diese erhalten werden kann. Die dahinterliegende Zielvorstellung und Idee ist simpel und konsensfähig: Gelänge es, den Wert der Biodiversität besser zu kommunizieren oder den ökonomischen Nutzen einer «grünen Wirtschaft» sichtbar zu machen, könnten zusätzliche Finanzierungsquellen zu ihrem Schutz erschlossen und sowohl ökologische als auch ökonomische Probleme unter Beibehaltung der alten Wachstumsvorstellungen gelöst werden. So das Credo, das neben der Bewältigung ökologischer Herausforderungen die Zurückdrängung von Armut durch mehr materiellen Wohlstand verspricht.

In diesem Sinne werden Umweltprobleme in erster Linie mit Politik- und Wirtschaftsversagen in Verbindung gebracht. Statt auf traditionelle Formen der Regulierung und Intervention setzt man auf neue und innovative Instrumente, die sich stärker an Marktgesetzen orientieren sollen. Das Argument für die ökonomische Bewertung der Natur ist, dass «fehlende Marktpreise für Ökosystemdienstleistungen und Biodiversität bedeuten, dass die Leistungen, die wir aus diesen Gütern beziehen, bei Entscheidungsprozessen bisher vernachlässigt oder unterschätzt werden. Die ökonomische Bewertung ist hier ein entscheidender Schritt, denn sie macht deutlich, dass die Natur Leistungen erbringt und diese einen Wert besitzen. Die ermittelten ökonomischen Werte haben – wie Marktpreise für private Güter – eine Informations- und Lenkungsfunktion. Bürger, Unternehmen oder politische Entscheidungsträger werden über die «wahren» Kosten ihrer Konsum-, Produktions- oder Regierungsentscheidungen informiert. Zielkonflikte werden dadurch sicht-

bar sowie besser verhandelbar, und Nutzungsentscheidungen können effizient getroffen werden.»<sup>8</sup>

Um den Wert der Biodiversität zu messen und hierdurch die Chancen für ihren Erhalt zu erhöhen, wird derzeit in einer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanzierten Studie der Wert des Naturkapitals in Deutschland berechnet. Als Grundlage dient das Konzept der Ökosystemdienstleistungen,<sup>9</sup> das den funktionalen Wert der Natur in den Vordergrund rückt und Prozesse wie etwa die Bestäubungstätigkeit von Bienen als Dienstleistung der Natur an den Menschen versteht. Auch im Rahmen der CBD wird zunehmend über Ökosystemdienstleistungen diskutiert und über deren Stellenwert für den globalen Schutz der biologischen Vielfalt verhandelt. Dem liegt unter anderem die Vorstellung zugrunde, dass Ausgleichszahlungen für die Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen (*payments for ecosystem services*) beispielsweise an Grundbesitzer oder Landwirte die Bereitschaft erhöhen werden, auf eine bestimmte Nutzung von Biodiversität zu verzichten.

«Das Aufzeigen der Werte von Ökosystemdienstleistungen verdeutlicht, dass Investitionen in Naturkapital unter Umständen günstiger sein können als Investitionen in vom Menschen gemachtes Kapital.»<sup>10</sup> Seit 2008, als die Vertragsstaaten der CBD die «Business & Biodiversity Initiative» ins Leben riefen, gilt die verstärkte Einbindung des Privatsektors als möglicher Ausweg aus der selbstverschuldeten Blockade beim Erreichen der Vertragsziele. Die Ressourcen für den Schutz der biologischen Vielfalt stammten lange Zeit insbesondere aus auf Fonds gestützten staatlichen Mitteln, während die Einrichtung von Schutzgebieten im Fokus der Bemühungen für den globalen Artenschutz stand.<sup>11</sup> Seit ein paar Jahren hat es eine Verschiebung gegeben, sodass inzwischen unternehmerische Strategien und Finanzierungsinstrumente eine wesentlich größere Rolle spielen. «Damit einher geht eine Verschiebung des Schwerpunktziels vom Schutz der biologischen und Artenvielfalt hin zum Erhalt von Ökosystemdienstleistungen.»<sup>12</sup> Damit verbunden ist auch die Herausbildung neuer Geschäftsfelder. Es wird nun laut über die Entwicklung von Biodiversitätsmanagementsystemen, die Erfassung eines «Biodiversitätsfußabdruckes» und neue *labelling*-Strategien nachgedacht, aber auch über die Entstehung neuer Märkte durch einen Handel mit Biodiversitätszertifikaten, *payments for ecosystem services* (PES) und *biodiversity offsetting* diskutiert. Konkret geht es hier darum, umweltunverträgliche Unternehmensaktivitäten und -investitionen, die beispielsweise durch Infrastrukturvorhaben entstehen, an anderer Stelle auszugleichen, etwa durch den Erwerb von und den Handel mit Zertifikaten.<sup>13</sup>

6 Ebd., S. 292. 7 Diese Studie war von der Bundesregierung im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 gemeinsam mit der EU-Kommission initiiert worden. Die Schirmherrschaft lag beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Leitung bei dem indischen Ökonom Pavan Sukhdev. 8 Chatreaux, Melanie/Hansjürgens, Bernd/Schröter-Schlaak, Christoph: Ökonomische Aspekte von Ökosystemen und Biodiversität, in: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik, 9/2010, S. 1 ff. 9 Ökosystemdienstleistungen werden definiert als jene Grundlagen und Prozesse ökologischer Systeme, die zur Erhaltung der Menschheit und zum menschlichen Wohl beitragen. Sie werden im Englischen häufig als *benefits* bezeichnet. 10 Chatreaux u.a.: Ökonomische Aspekte, S. 20. 11 Gemeint ist hier, dass für den Biodiversitätsschutz zweckgebundene öffentliche und/oder öffentlich-private Mittel zur Verfügung gestellt werden; diese sind teils verlorene Zuschüsse, teils zu einem günstigen Zinssatz rückzahlbar. Auf internationaler Ebene wurde hierfür die Global Environmental Facility eingerichtet. 12 Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland: TEEB The Economics of Ecosystems and Biodiversity. Internationale Diskussion um eine Ökonomie der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt, Berlin 2010, S. 6. 13 Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Nachhaltigkeitsbericht 2006, Berlin 2007 (unter: [http://www.kfw.de/kfw/de/III/Download\\_Center/Fachthemen/PDF-Dokumente\\_Nachhaltigkeit/NB\\_2006\\_D.pdf](http://www.kfw.de/kfw/de/III/Download_Center/Fachthemen/PDF-Dokumente_Nachhaltigkeit/NB_2006_D.pdf)).

Dies erfordert neue Institutionen, Regelungen und Standards für Investitionen und die Kreditvergabe, klare rechtliche Rahmenbedingungen und Landnutzungsverhältnisse sowie die Einrichtung von Zertifizierungsschemata. Hierdurch wird erstens die Rolle finanzieller Argumente für den Schutz der Biodiversität gestärkt, zweitens Biodiversität als neues «Finanzprodukt» und Teil des Naturkapitals etabliert, drittens werden neue Anagemöglichkeiten geschaffen und viertens die Logik und Regeln des Finanzmarktes auf gesellschaftliche Naturverhältnisse ausgedehnt. In den Bereichen Energie- und Rohstoffwirtschaft zeigt sich diese Entwicklung, die sich als Finanzialisierung beschreiben lässt, anhand steigender Anlagen und Investitionen in entsprechende Märkte. Der Emissionshandel ist hier nur einer von vielen neuen Märkten, der als Modell für den Handel mit Biodiversitätszertifikaten oder Ökosystemdienstleistungen dient und die Maschinerie des ungenierten *greenwashing*<sup>14</sup> am Laufen hält.

### **DIE VERPREISUNG DER NATUR TRÄGT ZUR VERSCHLEIERUNG DER ÖKOLOGISCHEN WAHRHEIT BEI**

Während für die einen die Finanzialisierung der Biodiversität sowohl ihren Schutz als auch ihre nachhaltige Nutzung garantiert und dazu noch eine wirksame Armutsbekämpfung verspricht, geht für andere die verstärkte Anwendung von Marktmodellen einher mit einer steigenden Ungleichverteilung von Reichtum zugunsten des globalen Nordens («die Natur verkaufen, um sie zu schützen»<sup>15</sup>) sowie einer Verschleierung von grundlegenden Konflikten und Ausbeutungsverhältnissen. Letztlich werde nicht nur die Natur kommerzialisiert, sondern der freie Zugang zu einem Allgemeingut infrage gestellt und somit die Lebensgrundlage vor allem indigener und lokaler Gemeinschaften sowie zahlreicher Kleinbauern in Schwellen- und Entwicklungsländern gefährdet. «Der Anspruch, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen», blendet aus, dass viele wichtige Funktionen der Natur gar nicht in Preisen ausgedrückt werden können. Und das ist auch besser so. Denn: Erhält die Zerstörung der Natur einen Preis, so unterbleibt ihre Zerstörung nur dann, wenn ihr Schutz billiger ist.»<sup>16</sup>

Die Europäische Union gehört zu den überzeugtesten und hartnäckigsten Befürwortern des Konzepts der Ökosystemdienstleistungen. Sie tritt massiv für die verstärkte Einbindung des Privatsektors in die Biodiversitätspolitik ein, lehnt aber eine Einbeziehung der Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen in Entwicklungsländern in die Verhandlungen der Vertragsstaaten der CBD ab, was insbesondere die argentinische Regierung scharf kritisiert hat. Dass es hierbei nicht nur um unterschiedliche politische und wirtschaftliche Interessen geht, sondern auch um konkurrierende Vorstellungen von Wohlstand und Wachstum, ist nicht weiter überraschend. So befürworten auch die Regierungen von Brasilien und China weitgehend das Konzept der Ökosystemdienstleistungen, unter Verweis auf den bestehenden Nachholbedarf an Industrialisierung und Modernisierung in ihren Ländern, während die sogenannten ALBA-Staaten<sup>17</sup> gegen die Ausweitung marktbasierter Politikinstrumente und eine Darstellung der Natur als Dienstleistungsunternehmen eintreten. Ihre Botschaft ist eindeutig: Die kapitalistische Lebens- und Produktionsweise und damit einhergehende Konsummuster sind für die ökologische, ökonomische und soziale Krise verantwortlich, weswegen eine Ausweitung marktbasierter Instrumente sich kaum für den Erhalt der Bio-

diversität eigne. Anhaltende soziale Ungleichheiten seien nur durch eine umfassende Gesellschaftstransformation aufzulösen. Ein weiteres Argument der ALBA-Staaten gegen die vermehrte Nutzung marktbasierter Instrumente in der internationalen Umweltpolitik ist, dass funktionale und anthropozentrische<sup>18</sup> Begründungen für den Naturschutz und die Wahrnehmung von natürlichen Stoffen und Prozessen als Dienstleistungen mit dem traditionellen Verständnis des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur und dem Konzept von «Mutter Erde» (Pachamama) unvereinbar sind. Aus dieser kritischen Haltung heraus wird die Dominanz der westlichen Wissenschaft und deren Rolle bei der Aufrechterhaltung des Paradigmas «Schutz der Natur durch ihre ökonomische Nutzung» nicht nur infrage gestellt, sondern mitverantwortlich für die ökologische und soziale Krise gemacht.

### **ÖKONOMISIERUNG DER BIODIVERSITÄT ALS ENTWICKLUNGSSTRATEGIE IN INDIEN**

Im Unterschied dazu sehen viele Regierungen im globalen Süden die zunehmende Ökonomisierung der Umwelt- und Biodiversitätspolitik als eine Chance zur Armutsbekämpfung. Die Berücksichtigung des monetären Wertes der Biodiversität gilt zunehmend als Ankerpunkt für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungsstrategie. So hat auch die indische Regierung, Gastgeber der 11. CBD-Vertragsstaatenkonferenz im Oktober 2012, als eine der ersten beschlossen, eine sogenannte TEEB-Studie zur Erfassung des heimischen Naturkapitals in Auftrag zu geben. Damit soll bis zum Jahr 2015 ein Rahmenwerk für eine «grüne volkswirtschaftliche Gesamtrechnung», die den ökonomischen Wert von Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen als Teil des Bruttoinlandsprodukts betrachtet, vorgelegt werden.

Nach Angaben des indischen Ministeriums für Umwelt und Wälder ist mit dieser Initiative die Erwartung verbunden, wirtschaftliches Wachstum und den Erhalt der Biodiversität aneinander koppeln zu können: «In einem Entwicklungsland wie unserem ist die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen weitaus größer als in Ländern mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen. Unsere Entwicklung basiert im Wesentlichen darauf, inwieweit es uns gelingt, diese Ressourcen in andere Formen des Wohlstandes zu überführen. Allerdings muss dieser Prozess nachhaltig gestaltet werden, um kontinuierliches Wachstum und den Fortbestand dieser Ressourcen zu gewährleisten.»<sup>19</sup> Als ebenso wichtig wird die Einführung von PES erachtet, insbesondere um der fortschreitenden Zerstörung von Land und der Rodung von Wäldern, was in Indien ein großes Problem darstellt, Einhalt zu gebieten. Erste Projekte zur Umsetzung dieses Ansatzes werden im Kontext der TEEB-Studie zurzeit in den Regionen Himachal, Andhra Pradesh, Andaman und Nicobar sowie Arunachal durchgeführt.

<sup>14</sup> *Greenwashing* bezeichnet Methoden und Vorgehensweisen, die darauf abzielen, einem Unternehmen oder staatlichen Institutionen in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu verleihen, ohne dass es dafür eine hinreichende Grundlage gibt. <sup>15</sup> McAfee, Kathleen: The Contradictory Logic of Global Ecosystem Services Markets, in: *Development and Change*, 43(1) 2012, S. 105. <sup>16</sup> Brand, Ulrich/Thimmel Stefan: *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente Nr. 3, 2. Aufl., Berlin 2012, S. 12. <sup>17</sup> Bei ALBA handelt es sich um ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit acht lateinamerikanischen und karibischen Staaten (Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominikanische Republik, Ecuador, Kuba, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela). Das Bündnis soll eine Alternative zur von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen. <sup>18</sup> Anthropozentrisch bedeutet, dass der Mensch sich selbst als den Mittelpunkt der weltlichen Realität versteht. <sup>19</sup> Pressemitteilung des Ministeriums unter: <http://moef.nic.in/downloads/public-information/2011-02-23%20Press%20Brief%20-%20TEEB%20India.pdf>.

Das Konzept der Ökosystemdienstleistungen in Indien ist allerdings noch relativ neu. Zudem stößt seine Anwendung auf eine Reihe von Schwierigkeiten, darunter Probleme mit der Berechnung und mit der Vermittlung des Ansatzes an lokale Entscheidungsträger, insbesondere weil die Einführung von PES die Etablierung von Eigentumsrechten erfordert. Das sogenannte *green grabbing* bezeichnet einen Prozess, bei dem Land unter Verweis auf Umweltziele und Naturschutz (Erhalt der Biodiversität, CO<sub>2</sub>-Speicherung, kontinuierliche Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen) zunehmend veräußert wird. In manchen Fällen werden eigene neue Regeln und Gesetze erlassen, um die Aneignung durch Privatpersonen und Unternehmen zu erleichtern.<sup>20</sup> Letzteres ist in Indien recht häufig der Fall und geht einher mit Konflikten zwischen lokalen Gemeinschaften und verschiedenen Interessengruppen, gerade wenn diese in entsprechende Projekte nicht eingebunden und von der Verteilung von Gewinnen aus alternativen Einnahmequellen ausgeschlossen werden. Oftmals sind es unterschiedliche beziehungsweise sich widersprechende Rechtslagen und Befugnisse, die Zielkonflikte verschärfen und soziale Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse verfestigen. Ein Beispiel, das den Konflikt zwischen ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen und die Auswirkungen auf lokale und indigene Gemeinschaften besonders deutlich macht, ist die Abholzung von Wäldern für die Industrie und den Bergbau, der massive Gewinne und ökonomisches Wachstum für bestimmte Regionen verspricht. Nicht nur führt die Ausweitung des Bergbaus in Indien zur Zerstörung des Waldes, zur Übernutzung von Wasserressourcen, zum Verlust von Biodiversität und zur Verschmutzung von charakteristischen Lebensstätten für besondere Tier- und Pflanzenarten. Auch die Lebensräume indigener und lokaler Gemeinschaften sind hiervon massiv bedroht. Das Ergebnis sind vermehrte Vertreibungen und Gewaltanwendungen bis hin zur Militarisierung ganzer Landstriche, eine steigende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung von spezifischen Bevölkerungsgruppen, die Ausbreitung von Krankheiten und in letzter Instanz die Zerstörung von kultureller Vielfalt, insbesondere dadurch, dass die weitere Ausübung traditioneller kultureller Praktiken unmöglich gemacht wird.

Von der Einführung von PES und der Bilanzierung von Naturkapital erwartet sich die indische Regierung ein wirksames Instrument, mit dem politische Entscheidungen zur Lösung von solchen Zielkonflikten zukünftig erleichtert und besser legitimiert werden können. Ökonomische Kosten-Nutzen-Analysen versprechen einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Schutz und der Nutzung von Biodiversität. Hierbei werden die Bedürfnisse und Interessen indigener Völker nur eingeschränkt berücksichtigt. Nicht selten werden deren Rechte und Naturschutzbelange auch gegeneinander ausgespielt, wie das Beispiel des Stammes der Soliga zeigt. Seitdem ihr Lebensraum am südlichen Rand von Karnataka 1974 zum Naturschutzgebiet (Biligri Rangaswami Temple) erklärt wurde, kam es immer wieder zu Verdrängungen und Einschränkung ihrer traditionellen Lebensweise, wozu der Wanderfeldbau oder das Jagen gehört. Nach Verabschiedung des «Forest Right Acts» 2006<sup>21</sup> versuchten die Soliga unter Mithilfe von NGOs das dort erstmals verbrieftete Recht indigener Völker in Indien, natürliche Organismen wie Blätter, Bäume, Sträucher, Tiere, Blumen und Früchte des Waldes, aber auch Horn, Honig, Seide und andere Produkte zu sammeln, zu besitzen und zu verwerten,

geltend zu machen. Ihre Anträge wurden jedoch zunächst vollkommen ignoriert. Als das Gebiet 2010 zusätzlich zu einem Reservat für die dort lebenden 30 Tiger erklärt wurde, kam es darüber hinaus zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Soliga und den für die Tiere verantwortlichen Naturschützern. Der Konflikt (*tiger or tribals*) konnte nur dadurch entschärft werden, dass die Soliga einwilligten, einen Teil ihres traditionellen Wissens zum Schutz der Tiger zur Verfügung zu stellen und ein eigenes Sanktionssystem einzurichten, um Verstöße gegen Naturschutzauflagen in den eigenen Reihen zu ahnden. Im Gegenzug erhielten Sie ein gemeinschaftliches Nutzungsrecht für drei Fünftel der Waldfläche und die Möglichkeit, sich aktiv an der Verwaltung des Gebietes zu beteiligen.

Konflikte gibt es allerdings nicht nur im Zusammenhang mit Eigentums- und Landnutzungsrechten, sondern auch mit unterschiedlichen Wertesystemen und den daraus resultierenden Interessenkonflikten. Kann der Wert von Tier- und Pflanzenarten durchgehend monetär bestimmt werden? Und in welchem Verhältnis steht dieser Wert zu subjektiven Empfindungen und zur Bedeutung, die diese für indigene Völker, lokale Gemeinschaften und Kleinbauern haben? Wie verhält es sich zu indigenem Wissen und dessen potenziellem Marktwert? Darüber hinaus bleibt die Frage offen, inwieweit die beschriebenen Konzepte dabei helfen können, Monopolisierungstendenzen bei der Produktion und beim Verkauf von Saatgut entgegenzuwirken, die in Indien vor allem im Baumwollbereich sichtbar sind und zu massiven Abhängigkeiten und zur Verschuldung von Kleinbauern führen. Die Zunahme an Patenten auf natürliche Ressourcen zieht unter den Vorzeichen der «grünen Revolution»<sup>22</sup> und der Ressourcenoptimierung eine nur schwer zu kontrollierende Privatisierung der Natur nach sich, die mit marktbasierter Politikinstrumenten kaum zu bekämpfen ist und vielmehr einer grundlegenden Umgestaltung von Landnutzungs- und Eigentumsrechten bedarf.

## ÖKONOMISIERUNG DER UMWELTPOLITIK ALS MOTOR DER «IMPERIALEN LEBENSWEISE»

Unabhängig von konzeptionellen Fragen, die Ansätze wie Ökosystemdienstleistungen oder TEEB-Studien aufwerfen, sollte in linken politischen Diskussionen die Frage im Zentrum stehen, ob die ökonomische Bewertung von Naturkapital und die fortschreitende Monetarisierung der Biodiversität tatsächlich zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und zu Armutsbekämpfung beitragen können. Diesbezüglich gibt es berechtigte Zweifel, da Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sowie kulturelle Unterschiede beim Umgang mit der Natur in der Regel bei der derzeit verfolgten Biodiversitätspolitik kaum oder gar keine Berücksichtigung finden. Ein anderer Einwand ist der starke Fokus auf die Bedeutung des Naturkapitals für das Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum basiert auf Produktions- und Konsummustern, die im globalen Norden mit dem Inwertsetzungsparadigma «Schutz durch Nutzung», einer

<sup>20</sup> Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian: Green Grabbing: a new appropriation of nature, in: The Journal of Peasant Studies, 39(2) 2012, S. 237–261. <sup>21</sup> Der vollständige Titel lautet: The Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act. <sup>22</sup> Bei der «grünen Revolution», einem Projekt, das die Weltbank bereits seit den 1960er Jahren verfolgt, ging es darum, Entwicklungsländer wie Indien und die dort lebenden Bauern mit moderner Agrartechnologie und wissenschaftlichem Know-how auszustatten, mit dem offiziellen Ziel der Armutsbekämpfung und einer größeren Ernährungssicherheit. In den letzten Jahren wird vermehrt gentechnisch modifiziertes Saatgut als Teil der «grünen Revolution» gesehen, da dieses besonders resistente Hochertragsarten verspricht.

neoliberalen Politik und einem strikten Effizienzdenken verbunden sind, aber in Konflikt stehen mit anderen, insbesondere traditionellen Lebens-, Entwicklungs- und Umgangsformen mit Eigentum. Somit dienen die «Vernunftargumente» über den Zusammenhang der Ökonomisierung von Natur, dem Erhalt der Biodiversität und der Reduktion von Armut am Ende vor allem dazu, die «imperiale Lebensweise» aufrechtzuerhalten, das heißt «herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in imperialen Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind».<sup>23</sup> Damit werden nicht nur alternative Wissens- und Lebensformen marginalisiert oder – wie es der brasilianische Soziologe Boaventura de Sousa Santos ausdrückt – unsichtbar gemacht. Die Verdrängung traditionellen und indigenen Wissens birgt zudem die Gefahr einer Politisierung von Wissenschaft bei gleichzeitiger Entpolitisierung zentraler Überlebensfragen und führt letztlich zur Zerstörung kultureller Diversität. «Während heutzutage niemand mehr den generellen Nutzen von Wissenschaft und technologischer Produktivität in Abrede stellt, sollte uns das nicht daran hindern, Interventionen in die reale Welt als nützlich anzuerkennen, die von anderen Wissensformen möglich gemacht werden. Ein Beispiel ist die durch ländliche und indigene Wissensformen ermöglichte Bewahrung von Biodiversität, die paradoxerweise von einer wachsenden Zahl wissenschaftsfixierter Interventionen bedroht wird.»<sup>24</sup>

Damit zeigt sich: Biodiversitätspolitik ist ein internationales Konfliktfeld, wo bei näherer Betrachtung nicht nur das Ausmaß der eng miteinander verbundenen ökonomischen

und ökologischen Krise deutlich zutage tritt, sondern auch versucht wird, über eine zunehmende Verwissenschaftlichung Ausbeutungsverhältnisse, sei es in Bezug auf die Natur oder in Bezug auf all jene, die direkt von ihr abhängen, zu legitimieren und zu verschleiern. Eben hierin besteht die Gefahr, Konflikte und Probleme von Umweltpolitik auf Politik- und Marktversagen zu reduzieren, da hiermit zentrale Fragen und Konfliktlinien außer Acht gelassen werden. Einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit Naturverhältnissen und eine gerechtere Ressourcenverteilung wird es in einer «grünen Ökonomie» nur dann geben, wenn diese an eine umfassende gesellschaftliche Transformation gekoppelt ist und der Mythos von einer Welt der grenzenlosen Naturaneignung und des grenzenlosen Verbrauchs endlich aufgegeben wird.

Alice B.M. Vadrot ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der ICCR Foundation, einer sozialwissenschaftlichen Einrichtung mit Sitz in Wien und Paris. Sie promovierte am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist seit 2010 Mitherausgeberin der Zeitschrift *Innovation. The European Journal for Social Science Research*.

<sup>23</sup> Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg 2011, S. 79. <sup>24</sup> Sousa Santos, Boaventura de: Denken jenseits des Abgrunds. Von globalen Grenzlinien zu einer Ökologie von Wissensformen, in: Lindner, Urs/Nowak, Jörg/Paust-Lassen, Pia (Hrsg.): *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit*, Münster 2008, S. 419.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: März 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

---

## STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2013

**02/2013**

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT  
Krieg in Mali

**01/2013**

JORGE LEÓN TRUJILLO  
Wahlen in Ecuador: Perspektiven des Correa-Systems

---

## STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2012

**10/2012**

LUTZ POHLE  
Chinas Führung vor enormen Aufgaben

**05/2012**

PETER SCHÄFER  
Ägypten hat einen neuen Präsidenten

**09/2012**

CARMEN LUDWIG  
Für mehr soziale Rechte in Südafrika

**04/2012**

TORGE LÖDING  
Märchenprinz gegen Sozialpolitiker

**08/2012**

ALEXANDRA MARTÍNEZ  
Widersprüchlicher Sozialismus in Venezuela

**03/2012**

ALKE JENSS  
Agroindustrie statt Agrarreform in Kolumbien

**07/2012**

KRUNOSLAV STOJAKOVIĆ  
Sozialdemokratische Zumutungen in Kroatien

**02/2012**

LOUISA PRAUSE  
Y'en a marre: Wer sind sie, wie mobilisieren sie und was fordern sie?

**06/2012**

RAUL ZELIK  
Kolumbien: Bewaffneter Konflikt und indigene Autonomie

**01/2012**

JENNY MORÍN NENOFF  
Der kubanische Privatsektor

---

## STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2011

**12/2011**

MAI CHOUCRI  
Die Linke in Ägypten nach dem 25. Januar

**06/2011**

RAINER SCHULTZ  
Kuba: Winds of Change nach dem Parteitag?

**11/2011**

DIETHELM WEIDEMANN  
Krisenprozesse in Pakistan und ihre Auswirkungen auf die Region

**05/2011**

GREGORY WILPERT  
Zwölf Jahre Bolivarische Revolution

**10/2011**

TORGE LÖDING  
Wahlen in Guatemala 2011:  
Präsident Colom hat sich verrechnet

**04/2011**

ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW  
Wahlen in Nigeria – Ein Erfahrungsbericht

**09/2011**

HEINER KÖHNEN  
Umbruch der indischen Automobilindustrie und die Rolle der Gewerkschaften

**03/2011**

MAGUÈYE KASSÉ  
Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes Jahrhundert (un)abhängige Entwicklung in Afrika

**08/2011**

STEFANIE FISCHBACH  
Die ägyptische Revolution ist noch nicht zu Ende

**02/2011**

BENJAMIN LUIG  
Die Spielregeln des Landraubs: Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika

**07/2011**

ANNE STECKNER, CORINNA TROGISCH  
Parlamentswahlen 2011 in der Türkei

**01/2011**

MARTIN GLASENAPP  
Die Grammatik der Migration: Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen Afrika